



An den Grossen Rat

20.5322.02

WSU/P205322

Basel, 23. September 2020

Regierungsratsbeschluss vom 22. September 2020

Interpellation Nr. 99 Oliver Bolliger betreffend Positionierung des Regierungsrates zur Konzernverantwortungsinitiative“

(Eingereicht vor der Grossratssitzung vom 9. September 2020)

Die Stimmbevölkerung der Schweiz wird am 28. November 2020 über die Konzernverantwortungsinitiative abstimmen. Diese Abstimmung ist von grosser nationaler und gesellschaftlicher Bedeutung und von hohem Interesse. In der aktuellen weltpolitischen Lage ist es von zentraler Bedeutung, dass Regierungen und Konzerne die Verantwortung zum Schutz gegenüber Mensch und Umwelt konsequent übernehmen und ihre Tätigkeiten und Entscheidungen nicht einer Profit- und Wachstumslogik opfern. Die humanitäre Krise durch die Covid-19-Pandemie sowie die ökologische Bedrohung durch die Klimaerhitzung zeigen uns dies zurzeit klar und deutlich auf.

Im Bericht der Petitionskommission an den Grossen Rat vom 27. Januar 2020 wird erwähnt, dass die Basler Regierung sich noch nicht entschieden hat, ob sie zur Konzernverantwortungsinitiative Stellung beziehen wird. Der Regierungsrat äussere sich zu eidgenössischen Vorlagen nur wenn eine besondere Betroffenheit des Kantons vorhanden sei. Aufgrund der Tatsache, dass bedeutende globale Chemie- und Pharmaunternehmen ihren Sitz in Basel haben, ist eine solche Betroffenheit deutlich vorhanden.

Im Herbst 2018 wurde die Petition „Nicht in unserem Namen, Basel!“, die von über 1000 Personen unterzeichnet wurde, an die Petitionskommission übergeben. Diese Petition wurde nach Gesprächen mit Syngenta, Public Eye und der Petentschaft vom Grossen Rat am 11. März 2020 an die Regierung zur Stellungnahme überwiesen. Darin werden rund fünf Forderungen gestellt. Unter anderem auch folgende „Die Basler Regierung soll offiziell und mit Nachdruck die Konzernverantwortungsinitiative im Abstimmungskampf unterstützen“.

Auch wenn es nicht möglich ist, dass der Regierungsrat mittels einer Petition zu einer politischen Stellungnahme gezwungen werden kann, stellt sich aufgrund der besonderen Betroffenheit des Kantons sowie des Abstimmungstermins im November eine Dringlichkeit in der Behandlung der überwiesenen Petition.

Deshalb bitte ich den Regierungsrat folgende Fragen zu beantworten:

1. Wann wird sich die Regierung des Kantons Basel-Stadt offiziell zur Konzernverantwortungsinitiative positionieren?
2. Ist der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt auch der Meinung, dass eine besondere Betroffenheit bei der eidgenössischen Vorlage zur Konzernverantwortungsinitiative vorliegt?
3. Teilt der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt die Haltung, dass in Basel ansässige Konzerne für ihr Handeln und ihre Politik Verantwortung übernehmen und hier zur Rechenschaft gezogen werden müssen, auch wenn im Ausland beispielsweise Menschenrechte verletzt, Landstriche zerstört oder Trinkwasser vergiftet werden?

4. Wird der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt die Konzernverantwortungsinitiative offiziell unterstützen und zur Annahme empfehlen? Falls ja mit welcher Begründung?
5. Wie begründet der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt eine allfällige Empfehlung zur Ablehnung der Konzernverantwortungs-Initiative?

Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

1. Einleitende Bemerkung und Ausgangslage

Mit der Volksinitiative "Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt" streben die Initiantinnen und Initianten die Schaffung eines neuen Art. 101a Bundesverfassung an, der Schweizer Unternehmen im Ausland dazu verpflichten soll, Umwelt- und Menschenrechtsrisiken zu prüfen, bei Vorfällen entsprechend zu handeln und darüber zu berichten. Die Unternehmen, die diese Sorgfaltspflicht nicht erfüllen, sollen künftig in der Schweiz dafür haftbar gemacht werden. Die Sorgfaltsprüfung umfasst nicht nur Firmen mit Sitz in der Schweiz, sondern auch deren Tochtergesellschaften sowie sämtliche Geschäftsbeziehungen (bspw. Zulieferer). Im Gegensatz dazu beschränkt sich die Haftungsregelung nur auf das Unternehmen sowie auf Tochtergesellschaften. Die Initiative wurde im April 2015 von einer Allianz aus über 60 Nichtregierungsorganisationen (u. a. Amnesty International, PublicEye, ethos, greenpeace, terre des hommes etc.) lanciert und im Oktober 2016 eingereicht. Im September 2017 empfahl der Bundesrat die Initiative zur Ablehnung, ohne einen Gegenvorschlag zu präsentieren.

Im Jahr 2018 präsentierte der Nationalrat einen Gegenentwurf zur Konzernverantwortungsinitiative. Wie auch die Konferenz Kantonaler Volkswirtschaftsdirektorinnen und Volkswirtschaftsdirektoren VDK hatte und hat der basel-städtische Regierungsrat Sympathie für diesen Gegenvorschlag des Nationalrates. Mit diesem wären die wesentlichen inhaltlichen Anliegen der Konzernverantwortungsinitiative aufgenommen worden und dank des in Aussicht gestellten Rückzugs der Initiative hätte man sich eine emotionale, mit grosser Wahrscheinlichkeit von Schlagworten geprägte Abstimmungsauseinandersetzung sparen können.

Die Unterstützung des nationalrätlichen Gegenvorschlages durch den Regierungsrat basierte dabei auch auf der Einschätzung, dass die Konzernverantwortungsinitiative in einigen Bereichen zu weit geht und in dieser Form abzulehnen ist – auch wenn ihr Grundanliegen im Kern berechtigt ist: Der Regierungsrat schreibt der Einhaltung der Menschenrechte und dem Schutz der Umwelt hohe Relevanz und Bedeutung zu. Zudem ist er der Meinung, dass die Wirtschaft die Menschenrechte zu respektieren und die Umwelt zu schützen hat. Ein klarer Rechtsrahmen in Bezug auf die Einhaltung von Menschenrechten und Umweltschutzbestimmungen nützt auch der Reputation unseres Wirtschaftsstandorts und den einzelnen Unternehmen. Er sollte aber in einem vertretbaren Masse gestaltet werden.

Unglücklicherweise lehnte der Ständerat in seiner neuen Zusammensetzung – ebenso wie einige bedeutende, nationale Wirtschaftsverbände – den nationalrätlichen Gegenvorschlag ab, um sich gleichzeitig für einen vom Bundesrat vorgelegten "Gegenvorschlag light" auszusprechen. Diesem haben im Juni 2020 die Einigungskonferenz sowie National- und Ständerat zugestimmt.

Der basel-städtische Regierungsrat lehnt diesen indirekten Gegenvorschlag ebenso ab wie die Konzernverantwortungsinitiative, da er kaum Antworten auf eine Reihe berechtigter Anliegen der Initiative gibt – dies im Gegensatz zum seinerzeitigen Gegenvorschlag des Nationalrats.

Der nun vorliegende indirekte Gegenvorschlag tritt in Kraft, wenn die Initiative am 29. November 2020 durch die Stimmbevölkerung abgelehnt wird und zudem innerhalb der Referendumsfrist kein Referendum gegen diesen Gegenvorschlag ergriffen wird oder dieser in einer allfälligen Referendumsabstimmung von einer Mehrheit der Stimmberechtigten unterstützt wird.

Der Regierungsrat ist vor dem Hintergrund seiner vorgängigen Ausführungen der Meinung, dass es die Anliegen der Initiative verdienen, erneut aufgenommen zu werden - am besten auf der Basis des damaligen nationalrätlichen Gegenvorschlags.

2. Beantwortung der einzelnen Fragen

Wann wird sich die Regierung des Kantons Basel-Stadt offiziell zur Konzernverantwortungsinitiative positionieren?

Der Regierungsrat tut dies mit der Beantwortung dieser Interpellation.

1. *Ist der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt auch der Meinung, dass eine besondere Betroffenheit bei der eidgenössischen Vorlage zur Konzernverantwortungsinitiative vorliegt?*

Basel-Stadt sitzt mit den anderen Kantonen in einem Boot, da neben Grossunternehmen je nachdem auch KMU von der Konzernverantwortungsinitiative betroffen sein können. Bezüglich des internationalen Kontexts ist für Basel-Stadt sicher von einer besonderen Betroffenheit zu sprechen.

2. *Teilt der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt die Haltung, dass in Basel ansässige Konzerne für ihr Handeln und ihre Politik Verantwortung übernehmen und hier zur Rechenschaft gezogen werden müssen, auch wenn im Ausland beispielsweise Menschenrechte verletzt, Landstriche zerstört oder Trinkwasser vergiftet werden?*

Hierzu wird auf den einleitenden Teil der Interpellationsantwort verwiesen.

3. *Wird der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt die Konzernverantwortungsinitiative offiziell unterstützen und zur Annahme empfehlen? Falls ja mit welcher Begründung?*

Nein. Zur Begründung verweist der Regierungsrat auf den einleitenden Teil der Interpellationsantwort.

4. *Wie begründet der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt eine allfällige Empfehlung zur Ablehnung der Konzernverantwortungs-Initiative?*

Auch hier verweist der Regierungsrat auf den einleitenden Teil der Interpellationsantwort.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Elisabeth Ackermann
Präsidentin



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin